

Öffentliche Finanzwirtschaft

**Kommunales
Haushalts- und Rechnungswesen
DOPPIK
Brandenburg**

**Fachbuch
mit praktischen Übungen
und Lösungen**

3. vollständig überarbeitete Auflage

**von
Michaela Oelgeklaus
Peter Harder**

**Horst Bernhardt
Klaus Mutschler
Christoph Stockel-Veltmann**

Verlag Bernhardt-Witten · 58456 Witten

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Verlag: Bernhardt-Witten, Bruchstr. 33, 58456 Witten
☎ 02302-71713, Telefax 02302-77126
E-Mail: mail@bernhardt-witten.de
Internet: www.bernhardt-witten.de

Satz: Schreibservice Bernhardt, Witten

Druck: inprint druck und service, Erlangen

© 2015 by Verlag Bernhardt-Witten

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt.

Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Einwilligung des Verlages in irgendeiner Form reproduziert (Nachdruck, Fotokopie oder ein anderes Verfahren) oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Im Falle der Zuwiderhandlung wird Strafantrag gestellt und Schadensersatz geltend gemacht.

Hinweis:

Bei den Funktionsbezeichnungen wird im Buchtext die männliche Form (z.B. Bürgermeister) verwendet. Dieses stellt keine Diskriminierung der weiblichen Funktionsträger dar, sondern soll lediglich der einfacheren Lesbarkeit dienen.

Vorwort zur 3. Auflage

Seit 1.1.2011 ist die „Doppik“ verbindlich für alle Kommunen des Landes Brandenburg anzuwenden. Die praktische Umsetzung zeigte jedoch an vielen Stellen offene Fragen bei der Interpretation der Gesetzesvorlagen hinsichtlich eines rechtssicheren und wirtschaftlichen Handels bei der Erstellung der Eröffnungsbilanzen und der Jahresabschlüsse. Ergebnisse daraus waren Anpassungen in den entsprechenden Verordnungen sowie Konkretisierungen im Rahmen der Eröffnungsbilanz- und Jahresabschlusserstellung, die eine Überarbeitung des Buches erforderten. Insofern wurde die Voraufgabe inhaltlich überarbeitet und erneut auf den aktuellen Stand von Praxis und Wissenschaft gebracht.

So wird sichergestellt, dass auch die 3. Auflage dieses Buches, wie die vorherigen Auflagen, die kommunalen Verwaltungen in Brandenburg bei den umfangreichen Prozessen des aktuellen Haushaltswesens ratgebend unterstützt.

Wie auch bei der Voraufgabe bedanken wir uns herzlich für die Anregungen und Hinweise aus den Reihen der Leser und verbinden damit weiterhin die Bitte, diesen Dialog auch für die 3. Auflage unseres Buches fortzusetzen.

Dieses Buch soll auch weiterhin eine fachliche Auseinandersetzung mit dem kommunalen Finanzmanagement ermöglichen und somit als Arbeitsgrundlage seinen Platz in der Kommunalverwaltung und im Studium haben.

Beeskow und Berlin, im September 2015

Die Verfasser

Zu den Verfassern

Michaela Oelgeklaus, Jahrgang 1961, trat 1980 in den Dienst des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe ein. Nach der Ausbildung zum gehobenen Dienst wechselte sie 1984 zur Stadt Greven. Es folgte der Einsatz als Sachbearbeiterin im Bauverwaltungsamt im Bereich "Zuschüsse" und "Haushalt". 1991 wechselte sie als Abteilungsleiterin zur Stadt Oelde und übernahm das Zuweisungsgebiet, die Haushaltswirtschaft sowie die Beitragsabteilung. 1993 erfolgte eine Versetzung als hauptamtliche Dozentin zum Niederlausitzer Studieninstitut mit Sitz in Beeskow. Sie vertritt dort die Belange der öffentlichen Finanzwirtschaft. Seit dem 01.09.2000 ist sie kommissarische Studienleiterin des Niederlausitzer Studieninstitutes.

Peter Harder (BA), Jahrgang 1984, absolvierte ein Studium der Verwaltungswissenschaften an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin. Seit 2012 arbeitet er am Institut für Public Management (Berlin). In seiner Funktion als Dozent und Berater unterstützt er Mitarbeitende aus Kommunal- und Landesverwaltungen im Bereich des öffentlichen Finanzmanagements. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen dabei im externen Rechnungswesen sowie in der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage von Kommunen.

Horst Bernhardt, Jahrgang 1947, trat 1966 in den Dienst des ehemaligen Amtes Blankenstein-Ruhr ein. Nach der Ausbildung zum gehobenen Dienst übernahm er 1972 als Abteilungsleiter die Vermögens- und Schuldenverwaltung sowie die zentrale Betriebsabrechnung in der Kämmerei der aus der kommunalen Neuordnung hervorgegangenen Stadt Hattingen. Zugleich wurde er als Hauptsachbearbeiter in der Haushaltsabteilung eingesetzt, verbunden mit der Ausbildungsbetreuung in der gesamten Finanzverwaltung. Nach einem zwischenzeitlich erfolgten Studium an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Industriebezirk wechselte er im April 1978 als hauptamtlicher Dozent zur Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Abteilung Wuppertal (heute in der Abteilung Gelsenkirchen), zuständig für die Lehre für „Kommunales Finanzmanagement (Öffentliche Finanzwirtschaft)“, "Rechnungswesen“, „Kosten- und Leistungsrechnung/Wirtschaftlichkeitsrechnung“ und „Steuerrecht“. Bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2012 führte er Fortbildungsveranstaltungen u.a. auch bei Kommunen im Land Brandenburg durch.

Klaus Mutschler, Jahrgang 1958, schloss 1981 sein Studium an der FHöV NRW ab. Er absolvierte den kommunalwissenschaftlichen Studiengang an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie und schloss diesen 1989 mit Erwerb des Kommunaldiploms ab. Nach Wahrnehmung von Aufgaben als Standesbeamter und im Bereich des Stadtmarketing bei der Stadt Dortmund war er seit 1992 bis 2005 dort im Rechnungswesen tätig. Stationen waren hierbei die Hauptsachbearbeitung im Bereich Grundbesitzabgaben, die Geschäftsführung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften sowie der Aufbau eines Immobilienmanagements und einer Anlagenbuchhaltung. Seit Beginn des überörtlichen Modellprojektes im Jahre 1999 war er Mitglied des Projektteams der Stadt Dortmund. Neben unterschiedlichen Fortbildungsmaßnahmen zum kaufmännischen Rechnungswesen schloss er in 2003 einen Zertifikats-Lehrgang zum Bilanzbuchhalter mit Erfolg ab. Letzte Aufgabenschwerpunkte waren die inhaltliche Betreuung von Fachbereichen beim Umstellungsprozess auf das doppelte Rechnungswesen sowie die Durchführung von diesbezüglichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen. Im September 2005 wechselte er als hauptamtlicher Dozent zur Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Abteilung Köln, nunmehr Abteilung Gelsenkirchen, Außenstelle Dortmund. Er vertritt dort im Wesentlichen die Fächer „Kommunales Finanzmanagement“ und „Rechnungswesen“.

Christoph Stockel-Veltmann, Jahrgang 1965, trat 1985 in den Dienst der Stadt Rheine ein. Nach Abschluss der Ausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst und einem kurzen Einsatz als Personalsachbearbeiter schloss sich von 1989 bis 1993 ein Studium der Volkswirtschaftslehre an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster an. Nach Tätigkeiten als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Münster und als Abteilungsleiter in der Kämmerei der Stadt Telgte war er von 1999 - 2004 Leiter des „Modellprojekts zur Einführung des doppelten Kommunalhaushalts“ im Finanzdezernat der Stadt Münster. In dieser Funktion war er maßgeblich an der Konzeption des „Neuen Kommunalen Finanzmanagement“ (NKF) beteiligt und verantwortlich für die Umsetzung des Konzepts in fünf Pilotämtern der Stadt Münster. Seit Juli 2004 ist er hauptamtlicher Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW am Studienstandort Münster.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage	III
Zu den Verfassern	IV
Abkürzungsverzeichnis	XVIII
Literaturverzeichnis	XX
1. Einführung	1
1.1 Öffentliche Finanzwirtschaft	1
1.1.1 Begriff	1
1.1.2 Innere Abgrenzung der öffentlichen Finanzwirtschaft	1
1.2 Träger der öffentlichen Finanzwirtschaft	3
1.3 Finanzhoheit	4
1.3.1 Begriff und Bedeutung	4
1.3.2 Finanzhoheit der Gemeinden	4
1.4 Abgrenzung der öffentlichen Finanzwirtschaft zur Privatwirtschaft	5
1.5 Aufgaben und Ziele der öffentlichen Finanzwirtschaft	7
1.5.1 Allgemein	7
1.5.2 Finanzpolitische Funktion	7
1.5.3 Politische Funktion	7
1.5.4 Wirtschaftspolitische Funktion	8
1.5.5 Betriebswirtschaftliche Funktion	9
2. Kommunales Haushaltsrecht	10
2.1 Haushaltswirtschaft	10
2.2 Verfassungsrechtliche Grundlagen und Haushaltsautonomie	11
2.3 Geschichtlicher Überblick	13
2.3.1 Bisherige Entwicklung	13
2.3.2 Fortentwicklung des kommunalen Haushaltsrechts durch die Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (Doppik-kom)	18
2.4 Öffentliches Haushaltsrecht im System und im Vergleich	19
2.4.1 Vergleich der einzelnen Ebenen	19
2.4.2 Stellung im System der Volkswirtschaft	20
2.4.3 Verhältnis zur Betriebswirtschaft	21
2.5 Staatliche Überwachung der gemeindlichen Haushaltswirtschaft	21
3. Grundzüge der kaufmännischen (doppelten) Buchführung	24
3.1 Inhalt und Abgrenzung zu anderen Rechnungssystemen	24
3.2 Die kommunale Bilanz	29
3.2.1 Inventur als Datenermittlung für die Bilanz	29
3.2.2 Inhalt und Aufbau der kommunalen Bilanz	30
3.2.3 Bilanzveränderungen (Bestandsbuchungen)	31
3.3 Die Erfolgsrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung)	37
3.4 Übungen	46

4.	Ablauf, Organisation und Personal im kommunalen Finanzmanagement	63
4.1	Stationen der Haushaltswirtschaft und Haushaltskreislauf	63
4.2	Ausführung des Haushaltsplans	64
4.3	Personal im kommunalen Finanzmanagement	69
4.3.1	Der Kämmerer	69
4.3.2	Rechnungsprüfungspersonal	71
4.4	Übungen	72
5.	Der Haushaltsplan	76
5.1	Begriff	76
5.2	Abgrenzung zu anderen Plänen und Rechnungen	77
5.2.1	Haushaltssatzung und Haushaltsplan	77
5.2.2	Mittelfristige Planung und Haushaltsplan	78
5.2.3	Wirtschaftsplan und Haushaltsplan	79
5.2.4	Jahresabschluss und Haushaltsplan	79
5.3	Bedeutung des Haushaltsplans	80
5.3.1	Allgemeines	80
5.3.2	Finanzwirtschaftliche Funktion	80
5.3.3	Administrative Lenkungsfunktion	81
5.3.4	Wirtschafts- und sozialpolitische Programmfunktion	81
5.4	Wirkung des Haushaltsplans	82
5.4.1	Allgemeine Wirkung	82
5.4.2	Wirkung bezüglich der Aufwendungen und Auszahlungen	83
5.4.3	Wirkung bezüglich der Verpflichtungsermächtigungen	83
5.4.4	Wirkung bezüglich der Erträge und Einzahlungen	84
5.4.5	Bindung im Innenverhältnis	84
5.5	Übungen	85
6.	Gliederung des Haushalts nach Produktbereichen	87
6.1	Notwendigkeit einer Haushaltsgliederung	87
6.2	Anforderungen an die Gliederung eines Haushaltsplans	88
6.2.1	Die Anforderungen der Bürger und der politischen Parteien	88
6.2.2	Die Anforderungen der Aufsichtsbehörden	89
6.2.3	Die Anforderungen der Finanzstatistik	89
6.2.4	Die Anforderungen der Verwaltung	90
6.3	Anknüpfungspunkte für eine Gliederung: Verwaltungsaufbau oder Aufgabenbereiche	91
6.4	Gliederungsvorschriften für den kommunalen Haushalt im Kommunalen Finanzmanagement	92
6.4.1	Der Sonderproduktbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“	93
6.4.2	Gestaltungsfreiheit bei der Gliederung des Haushalts	94
6.5	Praktische Umsetzung der Gliederung mit kaufmännischer Standardsoftware	95
6.6	Übungen	97

7.	Die Elemente des Haushaltsplans	103
7.1	Ergebnisplan	104
7.2	Finanzplan	108
7.3	Übung.....	112
7.4	Teilpläne	115
7.4.1	Teilergebnisplan.....	117
7.4.2	Teilfinanzplan	118
7.4.3	Planung einzelner Investitionsmaßnahmen	120
7.4.4	Teilergebnis- und Teilfinanzplan im Sonderproduktbereich 61 „Allgemeine Finanzwirtschaft“	123
7.4.5	Ziele.....	124
7.4.6	Kennzahlen und Indikatoren.....	126
7.4.7	Auszug aus dem Stellenplan.....	127
7.5	Übung.....	129
8.	Die Anlagen zum Haushaltsplan	132
8.1	Einführung	132
8.2	Vorbericht.....	133
8.3	Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen.....	134
8.4	Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten, Rücklagen und Rückstellungen zu Beginn und zum Ende des Jahres, für das der Haushaltsplan aufgestellt wird	135
8.5	Übersicht über die Sonderposten und über die veranschlagten Erträge aus der Auflösung der Sonderposten im mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanungs- zeitraum	136
8.6	Übersicht über die veranschlagten Erträge und Aufwendungen aus allgemeinen Umlagen, Ersatz von sozialen Leistungen und Sozialtransferleistungen im mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanungszeitraum	137
8.7	Stellenplan	137
8.8	Wirtschaftspläne und neueste Jahresabschlüsse für Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden	138
8.9	Wirtschaftspläne der Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechts- persönlichkeit, an denen die Gemeinde mit mehr als 50 V.H. beteiligt ist.....	139
8.10	Budgetübersicht	140
8.11	Weitere Anlagen	140
8.12	Übung.....	140
9.	Grundsätze im neuen kommunalen Rechnungswesen	142
9.1	Überblick und Einteilung	142
9.2	Allgemeine Haushaltsgrundsätze	143
9.2.1	Sicherung der Aufgabenerfüllung und Beachtung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts	143
9.2.1.1	Stetige Aufgabenerfüllung	143
9.2.1.2	Beachtung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.....	144
9.2.1.5	Übung.....	145
9.2.2	Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Effizienz.....	146
9.2.2.1	Grundsatz	146
9.2.2.2	Übung.....	149
9.2.3	Haushaltsausgleich	150

9.2.4	Grundsätze der Finanzierung der kommunalen Produkte	151
9.2.4.1	Deckungsmittel der Haushaltswirtschaft.....	151
9.2.4.2	Verpflichtung zur Erhebung von Abgaben.....	151
9.2.4.3	Rangfolge der Deckungsmittel	152
9.2.4.4	Übung.....	155
9.2.5	Vorherigkeit	157
9.2.5.1	Grundsatz	157
9.2.5.2	Ausnahme: Vorläufige Haushaltsführung	157
9.2.5.3	Übungen.....	163
9.2.6	Öffentlichkeit	166
9.2.6.1	Grundsatz	166
9.2.6.2	Möglichkeiten der Beteiligung der Öffentlichkeit.....	166
9.2.6.3	Übung.....	169
9.3	Veranschlagungs- bzw. Planungsgrundsätze.....	170
9.3.1	Allgemeines	170
9.3.2	Vollständigkeit und Einheit.....	171
9.3.2.1	Allgemeines	171
9.3.2.2	Vollständigkeit	171
9.3.2.3	Ausnahmen zur Vollständigkeit.....	175
9.3.2.4	Einheit	178
9.3.2.5	Ausnahmen zur Einheit	178
9.3.2.6	Übungen.....	179
9.3.3	Periodengerechte Zuordnung der Finanzvorfälle	182
9.3.3.1	Einführung	182
9.3.3.2	Periodengerechte Zuordnung der Erträge und Aufwendungen im Ergebnisplan	182
9.3.3.3	Periodengerechte Zuordnung der Einzahlungen und Auszahlungen im Finanzplan	186
9.3.3.4	Übungen.....	188
9.3.4	Grundsätze der Verständlichkeit (Haushaltsklarheit), der Steuerungsrelevanz sowie der Richtigkeit und Willkürfreiheit (Haushaltswahrheit).....	192
9.3.4.1	Informationen zur Verständlichkeit (Haushaltsklarheit) und Steuerungs- Relevanz der kommunalen Haushalte	192
9.3.4.2	Richtigkeit und Willkürfreiheit (Haushaltswahrheit)	194
9.3.4.3	Übung.....	195
9.3.5	Bruttoprinzip (Saldierungsverbot)	196
9.3.5.1	Grundsatz	196
9.3.5.2	Ausnahmen vom Bruttoprinzip.....	197
9.3.5.3	Besonderheiten	198
9.3.5.4	Übungen.....	201
9.3.6	Einzelveranschlagung	205
9.3.6.1	Grundsatz	205
9.3.6.2	Ausnahmen.....	207
9.3.6.3	Übungen.....	209
9.4	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB-K)	210
9.4.1	Allgemeines	210
9.4.2	Ziele ordnungsmäßiger Buchführung (allgemeine Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung)	211
9.4.2.1	Dokumentation	211
9.4.2.2	Rechenschaft.....	212
9.4.2.3	Kapitalerhaltung und intergenerative Gerechtigkeit.....	212
9.4.3	Spezielle Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	214

9.4.3.1	Vollständigkeit.....	214
9.4.3.2	Verständlichkeit, Richtigkeit und Willkürfreiheit	214
9.4.3.3	Öffentlichkeit	215
9.4.3.4	Aktualität	215
9.4.3.5	Relevanz (Wesentlichkeit)	215
9.4.3.6	Stetigkeit.....	216
9.4.3.7	Recht- und Ordnungsmäßigkeit	216
9.4.3.8	Übungen.....	217
10.	Die kommunale Bilanz (Ansatz, Ausweis und Bewertung in den einzelnen Posten).....	219
10.1	Inventur, Inventar	219
10.1.1	Begriff und Inhalt	219
10.1.2	Festwertbildung	221
10.1.3	Gruppenbewertung.....	223
10.1.4	Inventurverfahren	224
10.1.5	Übungen.....	225
10.2	Allgemeine Grundlagen der Bewertung im kommunalen Haushaltsrecht	228
10.2.1	Anschaffungs- und Herstellungskosten	228
10.2.1.1	Anschaffungskosten	228
10.2.1.2	Herstellungskosten	233
10.2.1.3	Übungen.....	236
10.2.2	Verhältnis zu anderen Bewertungszwecken.....	238
10.2.2.1	Steuerrecht	238
10.2.2.2	Gebührenrecht	239
10.2.2.3	Kosten- und Leistungsrechnung	239
10.2.3	Abgrenzung von Herstellungskosten und Erhaltungsaufwand	240
10.2.3.1	Erweiterung eines Vermögensgegenstandes	241
10.2.3.2	Über den ursprünglichen Zustand hinausgehende Wertverbesserung	242
10.2.3.3	Zusammentreffen von Herstellungskosten und Erhaltungsaufwendungen.....	244
10.2.3.4	Übungen.....	246
10.2.4	Bilanzierungsgrundsätze	250
10.3	Die Posten der kommunalen Bilanz	253
10.3.1	Einführung	253
10.3.2	Anlagevermögen	254
10.3.2.1	Begriffe, allgemeine Grundlagen	254
10.3.2.2	Immaterielles Anlagevermögen	258
10.3.2.3	Sachanlagevermögen	259
10.3.2.4	Finanzanlagen	273
10.3.3	Umlaufvermögen.....	279
10.3.3.1	Vorräte	280
10.3.3.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	281
10.3.3.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens	283
10.3.3.4	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten u. Schecks... 283	283
10.3.4	Rechnungsabgrenzungsposten (aktiv)	283
10.3.5	Eigenkapital.....	285
10.3.5.1	Basis-Reinvermögen.....	285
10.3.5.2	Rücklagen aus Überschüssen.....	286
10.3.5.3	Sonderrücklagen	286
10.3.5.4	Fehlbetragsvortrag	286
10.3.6	Sonderposten.....	287

10.3.6.1	Funktion und inhaltliche Grundlagen	287
10.3.6.2	Sonderpostenbildung für pauschalisierte Zuwendungen.....	289
10.3.6.3	Ansatz von investitionsbezogenen Zuwendungen und von Beiträgen	290
10.3.6.4	Sonstige Sonderposten.....	293
10.3.6.5	Übungen.....	294
10.3.7	Rückstellungen	295
10.3.7.1	Pensions- und Beihilferückstellungen	296
10.3.7.2	Rückstellungen für Altersteilzeit.....	298
10.3.7.3	Instandhaltungsrückstellungen	303
10.3.7.4	Rückstellungen für die Rekultivierung, Nachsorge und Sanierung von Altlasten ...	305
10.3.7.5	Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten im Rahmen des Finanz- ausgleichsgesetzes und von Steuerschuldverhältnissen	305
10.3.7.6	Rückstellungen bei drohenden Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren.....	306
10.3.7.7	Sonstige Rückstellungen für Verpflichtungen, die vor dem Bilanzstichtag wirtschaftlich begründet und die dem Grunde nach noch nicht genau feststehen ...	307
10.3.7.8	Übungen.....	309
10.3.8	Verbindlichkeiten	311
10.3.8.1	Anleihen.....	312
10.3.8.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	312
10.3.8.3	Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten	313
10.3.8.4	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	313
10.3.8.5	Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen	314
10.3.8.6	Sonstige Verbindlichkeiten	314
10.3.9	Rechnungsabgrenzungsposten (passiv)	315
10.3.10	Übungen zum Bilanzausweis	315
11.	Grundzüge der Eröffnungsbilanz	318
11.1	Rahmenvorschriften für die Eröffnungsbilanzierung	318
11.2	Allgemeiner Bewertungsmaßstab und Vereinfachungsverfahren	320
11.3	Vorgehensweise bei der Eröffnungsbilanzierung für Aktivposten.....	322
11.3.1	Immaterielles Vermögen.....	323
11.3.2	Grundstücksbewertung	324
11.3.2.1	Unbebaute Grundstücke.....	324
11.3.2.2	Bebaute Grundstücke	325
11.3.2.3	Grundstücksgleiche Rechte	328
11.3.2.4	Infrastrukturvermögen	328
11.3.2.5	Bauten auf fremden Grund und Boden	329
11.3.2.6	Kulturdenkmäler	329
11.3.3	Bewertung der beweglichen Vermögensarten	329
11.3.3.1	Kunstgegenstände	329
11.3.3.2	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge.....	330
11.3.3.3	Betriebs- und Geschäftsausstattung.....	330
11.3.4	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	330
11.3.5	Finanzanlagevermögen.....	331
11.3.6	Umlaufvermögen.....	331
11.3.7	Aktive Rechnungsabgrenzung.....	332
11.3.8	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	332
11.4	Vorgehensweise bei der Eröffnungsbilanzierung für Passiva	333
11.4.1	Eigenkapital.....	333

11.4.2	Sonderposten	333
11.4.3	Rückstellungen	334
11.4.4	Verbindlichkeiten	335
11.4.5	Passive Rechnungsabgrenzung	335
11.5	Verfahrensvorschriften für die Eröffnungsbilanz	336
11.5.1	Prüfung	336
11.5.2	Feststellung, Prüfung und Beschluss	336
11.5.3	Veröffentlichung	337
12.	Die Ergebnisrechnung - Grundlagen und Einzelpositionen	338
12.1	Übersicht über die Erfolgs- und Finanzrechnungskonten (Kontenklassen 4, 5, 6 und 7)	338
12.2	Die Konten der Ergebnisrechnung (Kontenklassen 4 und 5)	339
12.2.1	Steuern und ähnliche Abgaben (Kontengruppe 40)	339
12.2.2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (Kontengruppe 41)	343
12.2.3	Sonstige Transfererträge (Kontengruppe 42)	348
12.2.4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (Kontengruppe 43)	349
12.2.5	Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen (Kontengruppe 44)	350
12.2.6	Sonstige ordentliche Erträge (Kontengruppe 45)	351
12.2.7	Finanzerträge (Kontengruppe 46)	351
12.2.8	Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen (Kontengruppe 47)	352
12.2.9	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen (Kontengruppe 48)	353
12.2.10	Außerordentliche Erträge (Kontengruppe 49)	354
12.2.11	Personalaufwendungen (Kontengruppe 50)	355
12.2.12	Versorgungsaufwendungen (Kontengruppe 51)	357
12.2.13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Kontengruppe 52)	359
12.2.14	Transferaufwendungen (Kontengruppe 53)	361
12.2.15	Sonstige ordentliche Aufwendungen (Kontengruppe 54)	363
12.2.16	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen (Kontengruppe 55)	364
12.2.17	Bilanzielle Abschreibungen (Kontengruppe 57)	364
12.2.18	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (Kontengruppe 58)	367
12.2.19	Außerordentliche Aufwendungen (Kontengruppe 59)	367
12.3	Übungen	368
13.	Die Finanzrechnung - Grundlagen und Einzelpositionen	375
13.1	Die Ermittlung der Finanzrechnung	375
13.2	Übung	380
13.3	Originäre Buchung der Finanzrechnung in den Kontenklassen 6 und 7	382
13.4	Zusammenfassung: Systematische Behandlung der Abweichungen von Finanz- und Ergebnisrechnung bei originärer Buchung der Finanzrechnung	384
13.5	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Kontengruppe 68)	385
13.6	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Kontengruppe 69)	386
13.7	Versorgungsauszahlungen (Kontengruppe 71)	388
13.8	Auszahlung aus Investitionstätigkeit (Kontengruppe 78)	389
13.9	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Kontengruppe 79)	390
13.10	Die Erfüllung der finanzstatistischen Anforderungen mit Hilfe der Konten der Finanzrechnung	391
13.11	Übungen	392

14.	Die Bewirtschaftungsgrundsätze	397
14.1	Allgemeines	397
14.2	Bewirtschaftungsformen	397
14.2.1	Gesamtdeckung.....	397
14.2.2	Budgetierung.....	398
14.3	Bewirtschaftungsregeln	400
14.3.1	Unechte Deckungsfähigkeit	400
14.3.2	Echte Deckungsfähigkeit.....	402
14.3.3	Übertragbarkeit von Haushaltsermächtigungen	405
14.3.3.1	Allgemeines	405
14.3.3.2	Die einzelnen Ermächtigungsübertragungsarten	409
14.3.3.3	Auswirkungen auf den Jahresabschluss	411
14.4	Übungen.....	412
15.	Verpflichtungsermächtigungen	415
15.1	Begriff und Verfahren.....	415
15.2	Umfang und zeitliche Beschränkung der Verpflichtungsermächtigungen	417
15.3	Veranschlagung der Verpflichtungsermächtigungen.....	418
15.4	Übungen.....	419
16.	Fremdfinanzierung des kommunalen Haushalts und Haftungsverhältnisse: Kredite, kreditähnliche Verbindlichkeiten und Bürgschaften	424
16.1	Begriffsbestimmungen.....	424
16.1.1	Fremdkapital.....	424
16.1.2	Schulden.....	425
16.1.3	Verbindlichkeiten	425
16.1.4	Kredite.....	426
16.1.4.1	Kredite für Investitionen	427
16.1.4.2	Anleihen.....	428
16.1.4.3	Kassenkredite.....	429
16.1.5	Kreditähnliche Verbindlichkeiten.....	430
16.1.6	Innere Darlehen	430
16.1.7	Zusammenfassende Darstellung der Begriffe der Fremdfinanzierung	431
16.2	Fremdfinanzierung durch Kredite	431
16.2.1	Kriterien für die Einteilung von Krediten	431
16.2.1.1	Rechtliche Ausgestaltung der Kredite.....	432
16.2.1.2	Laufzeit der Kredite	433
16.2.1.3	Tilgung der Kredite.....	433
16.2.1.4	Kreditgeber	435
16.2.2	Voraussetzungen der Kreditaufnahme	435
16.2.2.1	Allgemeines	435
16.2.2.2	Beachtung des Subsidiaritätsprinzips.....	436
16.2.2.3	Vorliegen einer Kreditermächtigung in der Haushaltssatzung	437
16.2.2.4	Gesamtbetragsgenehmigung im Rahmen der Haushaltssatzung.....	438
16.2.2.5	Bewahrung der dauernden Leistungsfähigkeit	440
16.2.2.6	Beachtung gemeindewirtschaftlicher Belange	442
16.2.2.7	Beachtung gesamtwirtschaftlicher Belange.....	442
16.2.2.8	Zuständigkeit für die tatsächliche Kreditaufnahme	443
16.2.2.9	Auswahl der Kreditangebote unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit	443
16.2.2.10	Evtl. Einzelgenehmigung	444

16.2.2.11	Einhaltung der Formvorschriften bei der Kreditaufnahme	445
16.2.3	Ausgestaltung von Krediten (Kreditbedingungen)	445
16.2.3.1	Allgemeines	445
16.2.3.2	Zinssatz	445
16.2.3.3	Auszahlung	446
16.2.3.4	Laufzeit und Tilgung	447
16.2.3.5	Kündigungsrechte	447
16.2.3.6	Abtretung der Forderung	448
16.2.3.7	Sicherheiten	448
16.2.4	Abwicklung der Kreditaufnahme im Haushalt	448
16.2.4.1	Veranschlagung der Kredite und der daraus resultierenden Aufwendungen und Auszahlungen	448
16.2.4.2	Umschuldung	450
16.2.4.3	Dauer der Kreditermächtigung	451
16.2.5	Übungen	451
16.3	Kreditähnliche Verbindlichkeiten	461
16.3.1	Bedeutung kreditähnlicher Geschäfte	461
16.3.2	Voraussetzungen zum Eingehen von kreditähnlichen Geschäften und Genehmigungspflicht	461
16.3.3	Ausgestaltung kreditähnlicher Geschäfte	462
16.3.4	Verbindung zum Haushaltsplan	462
16.3.5	Übung	463
16.4	Haftungsverhältnisse: Sicherheitsleistungen, Bürgschaften und Gewährverträge ...	465
16.4.1	Sicherheitsleistungen	465
16.4.2	Bürgschaften und Gewährverträge	465
16.4.2.1	Allgemeines	465
16.4.2.2	Voraussetzungen	466
16.4.2.3	Ausgestaltung von Bürgschaften, Gewährverträgen und anderen Haftungsverhältnissen	466
16.4.2.4	Verbindung zum Haushalt	468
16.4.2.5	Übung	468
17.	Der Haushaltsausgleich	470
17.1	Bedeutung und Zielsetzung	470
17.2	Ausgleich des Ergebnisplans und der Ergebnisrechnung (Haushaltsausgleich i.e.S.)	471
17.3	Gefahr bei bilanzieller Überschuldung	472
17.4	Haushaltsjahresübergreifender Ausgleich	474
17.4.1	Bedeutung und Funktion der Rücklage aus Überschüssen aus dem ordentlichen und außerordentlichen Ergebnis	474
17.4.2	Einbeziehung der mittelfristigen Planung	475
17.5	Rechtsfolgen unausgeglichener Haushalte	476
17.5.1	Inanspruchnahme der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	476
17.5.2	Inanspruchnahme der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	476
17.5.3	Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes bei unausgeglichem Haushalt ..	477
17.5.4	Eintreten oder Drohen einer Überschuldung	478
17.5.5	Zusammenfassung	478

17.6	Exkurs: Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit	480
17.7	Übungen.....	481
18.	Die Haushaltssatzung	486
18.1	Rechtsnatur und Bedeutung der Haushaltssatzung	486
18.1.1	Gemeindliches Satzungsrecht	486
18.1.2	Haushaltssatzung als besondere Satzung	486
18.2	Inhalt der Haushaltssatzung	488
18.2.1	Rechtliche Grundlagen	488
18.2.2	Pflichtinhalte der Haushaltssatzung (§ 67 Abs. 2 BbgKVerf).....	488
18.2.2.1	Festsetzung des Haushaltsplans	488
18.2.2.2	Festsetzung der Kreditermächtigung für Investitionen	490
18.2.2.3	Festsetzung des Gesamtbetrages der Verpflichtungsermächtigungen	490
18.2.2.4	Festsetzung der Realsteuerhebesätze	491
18.2.2.5	Festsetzungen zum Haushaltssicherungskonzept	493
18.2.2.6	Festsetzungen von verschiedenen Wertgrenzen nach § 65 Abs. 2 Nr. 5 und 6 BbgKVerf und anderer Rechtsgrundlagen	493
18.2.2.7	Festsetzungen des Betrages gemäß § 73 Abs. 5 BbgKVerf	494
18.2.3	Freiwillige Inhalte der Haushaltssatzung	495
18.3	Zustandekommen der Haushaltssatzung	495
18.3.1	Überblick.....	495
18.3.2	Vorverfahren	496
18.3.3	Aufstellung des Entwurfs der Haushaltssatzung.....	497
18.3.4	Beteiligung der Einwohner und Abgabepflichtigen	498
18.3.4.1	Einwendungsrecht in den Gemeinden.....	498
18.3.4.2	Beteiligung der kreisangehörigen Gemeinden in den Landkreisen	498
18.3.5	Beratung in den Fachausschüssen und den Ortsbeiräten	499
18.3.5.1	Allgemeines	499
18.3.5.2	Beteiligung der Fachausschüsse	499
18.3.5.3	Beteiligung der Ortsbeiräte	500
18.3.5.4	Beteiligung des Hauptausschusses.....	500
18.3.6	Beschlussfassung durch die politischen Gremien	500
18.3.6.1	Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung	500
18.3.6.2	Beschlussfassung durch den Kreistag	501
18.3.7	Vorlage bei der Aufsichtsbehörde.....	501
18.3.8	Bekanntmachung der Haushaltssatzung.....	501
18.4	Genehmigung der Haushaltssatzung durch die Kommunalaufsichtsbehörde	502
18.4.1	Genehmigung des Gesamtbetrages der Kredite.....	504
18.5	Übung.....	506
19.	Die Ausführung des Haushaltes	507
19.1	Erhebung der Einzahlungen	507
19.1.1	Rechtzeitige Einziehung der Einzahlungen	507
19.1.2	Kleinbeträge	507
19.1.3	Rundungen	509
19.1.4	Übung.....	510
19.2	Zuweisung von Haushaltsmitteln und Verpflichtungsermächtigungen sowie deren Bewirtschaftung und Überwachung.....	512
19.2.1	Zuweisung von Haushaltsmitteln und Verpflichtungsermächtigungen	512

19.2.2	Bewirtschaftung der Haushaltsmitteln und Verpflichtungsermächtigungen	513
19.2.2.1	Grundsätze für den Gesamthaushalt	513
19.2.2.2	Besondere Grundsätze für Investitionen	514
19.2.3	Überwachung der Haushaltsermächtigungen	515
19.2.4	Übungen	516
19.3	Haushaltswirtschaftliche Sperre u. Unterrichtungspflichten gegenüber der Gemeindevertretung	524
19.3.1	Haushaltswirtschaftliche Sperre	524
19.3.2	Unterrichtungspflichten gegenüber der Gemeindevertretung	526
19.4	Stundung, Niederschlagung und Erlass	528
19.4.1	Generelle Begriffsabgrenzungen	528
19.4.2	Rechtsgrundlagen	528
19.4.3	Stundung	529
19.4.3.1	Voraussetzungen	529
19.4.3.2	Verzinsung der gestundeten Forderungen	530
19.4.3.3	Bewilligungsverfahren	530
19.4.3.4	Exkurs: Aussetzung der Vollziehung	531
19.4.4	Niederschlagung	531
19.4.4.1	Voraussetzung für eine Niederschlagung (Einzelwertberichtigung)	531
19.4.4.2	Arten der Niederschlagungen (Einzelwertberichtigung)	532
19.4.4.3	Praktisches Verfahren bei einer Niederschlagung (Einzelwertberichtigung)	533
19.4.4.4	Pauschalwertberichtigung	533
19.4.4.5	Erlass	534
19.4.5.1	Voraussetzungen	534
19.4.5.2	Praktisches Verfahren	535
19.4.6	Übungen	535
19.5	Auftragsvergaben	539
19.5.1	Verfahren und Voraussetzungen	539
19.5.2	Übungen	542
19.6	Bewegliche Haushaltsführung	543
19.6.1	Einführung	543
19.6.2	Begriff der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen	544
19.6.3	Verhältnis zur Nachtragsatzung und zu anderen Bereitstellungsmöglichkeiten für Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen	547
19.6.4	Bewilligung von über- u. außerplanmäßigen Aufwendungen u. Auszahlungen	549
19.6.4.1	Ermittlung der Höhe der benötigten zusätzlichen Ermächtigung	549
19.6.4.2	Voraussetzungen für die Bewilligung	550
19.6.4.3	Entscheidungsgremien	556
19.6.4.4	Praktisches Beantragungs- und Bewilligungsverfahren	558
19.6.5	Deckung von überplanmäßigen Auszahlungen im folgenden Haushaltsjahr (Haushaltsvorgriff)	559
19.6.6	Exkurs: Praxisgerechtes Gesamtprüfungsverfahren für die Bereitstellung von Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen	563
19.6.7	Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen	565
19.6.8	Übungen	567
20.	Vermögenswirtschaft und Anlagebuchhaltung	576
20.1	Struktur des kommunalen Vermögens	576
20.2	Sondervermögen, Treuhandvermögen u. rechtlich selbstst. örtliche Stiftungen ...	578
20.2.1	Inhaltliche Abgrenzung	578
20.2.2	Eigenbetriebe	578

20.2.3	Vermögen der rechtlich unselbstständigen örtlichen Stiftungen	579
20.2.4	Treuhandvermögen und rechtlich selbstständige örtliche Stiftungen	580
20.3	Erwerb und Veräußerung von Vermögen	580
20.3.1	Abbildung im Rechnungswesen.....	580
20.3.2	Erwerb von Vermögen.....	581
20.3.3	Veräußerung von Vermögen	582
20.3.4	Übungen.....	586
20.4	Bewirtschaftung von Vermögen	589
20.4.1	Grundsätze der Vermögensbewirtschaftung	589
20.4.2	Anlagenbuchhaltung	590
20.4.3	Geschäftsvorfälle in einer Anlagenbuchhaltung	594
20.4.4	Übungen.....	596
20.5	Kapitalanlagen und Liquiditätsmanagement.....	599
20.6	Wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden	601
20.6.1	Allgemeines	601
20.6.2	Formen einer wirtschaftlichen Betätigung	602
20.6.3	Voraussetzungen einer wirtschaftlichen Betätigung	603
20.6.4	Sonstige Regelungen über wirtschaftliche Betätigungen	604
20.6.5	Übung.....	604
21.	Nachtragssatzung und Nachtragsplan.....	606
21.1	Notwendigkeit der Nachtragssatzung	606
21.2	Pflicht zum Erlass einer Nachtragssatzung	606
21.2.1	Überblick.....	606
21.2.2	Änderung eines Paragraphen der Haushaltssatzung	607
21.2.3	Pflichten nach § 68 Abs. 2 BbgKVerf.....	608
21.2.4	Änderung von Haushaltsvermerken und Budgets	611
21.2.5	Änderung von Zielen und Kennzahlen.....	612
21.2.6	Erhöhung der Ansätze für Verfügungsmittel	612
21.3	Inhalt des Nachtragsplans.....	613
21.4	Zustandekommen der Nachtragssatzung	616
21.5	Übungen	617
22.	Der Jahresabschluss.....	623
22.1	Gestaltung des Jahresabschlusses.....	623
22.2	Die einzelnen Elemente des Jahresabschlusses	624
22.2.1	Ergebnisrechnung.....	624
22.2.2	Teilergebnisrechnungen	628
22.2.3	Finanzrechnung	629
22.2.4	Teilfinanzrechnungen	629
22.2.5	Bilanz	630
22.2.6	Anhang	631
22.2.7	Anlagenübersicht.....	632
22.2.8	Forderungsübersicht.....	633
22.2.9	Verbindlichkeitenübersicht	634
22.2.10	Rechenschaftsbericht	634
22.3	Aufstellung, Prüfung und Entlastung beim Jahresabschluss.....	635
22.4	Übertragung von Ermächtigungen	637
	Stichwortverzeichnis.....	638